

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark, ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfach-Nr. 12548.

Anzeigenpreise: Sechsgelbte Korpuszeile 20 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pfg. — Eingeladene und Reklamen 70 Pfg.

Nr. 191

Donnerstag den 21. August 1919

85. Jahrgang

Nachstehende Verordnung des Reichswirtschaftsministers, die auch für den Freistaat Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 16. August 1919.

Wirtschaftsministerium.

Belanntmachung. Nr. F. R. 110/8. 19 KRA.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (RGBl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (RGBl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (RGBl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien und den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugestellten Verfügungen, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Rohweinstein, Weinstein (Cremor tartari) oder Weinsäure (letztere auch in Säureform), werden hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 9. August 1919 in Kraft.
Berlin, den 9. August 1919.

Der Reichswirtschaftsminister.
J. A.: Hedler.

Kuhholzversteigerung auf Wendischcarldorfer Staatsforstrevier.

Waldschänke zur Heidemühle in Wendischcarldorf Montag den 25. August 1919

vormittags 10 Uhr: 31 Ht. und 1288 w. Stämme, 117 w. Röße, 66 w. Verblangen in der Hirschbachheide, Rahlshöhe: Abt. 15 und 16; 712 w. Stämme, 4 w. Röße in der Dippoldiswalder Heide, Rahlshöhe: Abt. 35, 50, 56, Einzelhölder: Abt. 25, 30, 39, 50, 57, 61, 62; 31 Ht. und 785 w. Stämme im Rabenauer Teil, Abt. 85, 91 und 92.

Forstrevierverwaltung Wendischcarldorf und Forstrentamt Tharandt.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers, die auch für Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 18. August 1919.

Wirtschaftsministerium.

Belanntmachung. Nr. F. R. 120/8. 19 KRA.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (RGBl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (RGBl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (RGBl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I. Die von den Kriegsministerien oder den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugestellten Verfügungen betreffend Beschlagnahme von Borax, Boräure und borhaltigen Mineralien, werden hiermit aufgehoben.

Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 11. August 1919 in Kraft.
Berlin, den 11. August 1919.

Der Reichswirtschaftsminister.
J. A.: Hedler.

Lebensmittelkarten werden umgehend hergestellt von Carl Jehne.

Vertilgung und Sächsisches.

Ausreisestrich. Mit seiner Veröffentlichung ist das Ausreisestrichgesetz für den Freistaat Sachsen in Kraft getreten. Danach kann jeder, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, seinen Ausritt vor dem Standesamt erklären. Mit der kostenlosen Beurkundung gilt der Ausritt als bewirkt. — Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung das Gesetz haben wird.

Reichsstadt. Am Montag und am Dienstag landete auf hiesiger Aittergutsflur je ein Flugzeug. Beidemal trug Betriebsstoffmangel die Schuld, daß die Flugzeuge ihren Heimatorten Leipzig nicht erreichen konnten. Sie wurden beide im Schölererhofe untergebracht.

Geißing-Altendorf. Nachdem in den letzten Wochen der Grenzschutz an unserer sächsischen und sächsischen sächsischen Landesgrenze schon erheblich im Mannschaftebestande vermindert wurde, hört er mit Ende August vollständig auf. Eine kleine Anzahl ganz zuverlässiger Unteroffiziere und Mannschaften werden bekanntlich in den Grenzrollendienst übernommen, und zwar vorläufig nur auf die Dauer von 4 Wochen. Vom 12. Armeekorps dürfen nur 135 und vom 19. Armeekorps nur 65 Mann übernommen werden.

Währbach-Häselich. Hier wurde durch die Gendarmerteile eine schwungvoll betriebene Geheimdruckerei entdeckt. Es wurden bei der Durchsuchung 10 Ferkel, ein Hund und zahlreiche andere Fleischstücke beschlagnahmt.

Dresden. Eine Ehrenliste des Regt. Sächs. 2. Grenadier-Regiments Nr. 101, die in erschütternder Weise die Verluste dieses nun aufgelösten ruhmreichen Dresdner Regiments im Weltkrieg bekanntgibt, veröffentlicht der letzte Kommandeur des Regiments, Major Freiherr Bodo v. Hodeberg. Danach hat das Regiment im ganzen 125 Offiziere, 311 Unteroffiziere und 2421 Grenadiere verloren. In dieser Zahl befinden sich als Vermählte 6 Offiziere, 34 Unteroffiziere und 418 Grenadiere. Die Zahl der Unteroffiziere und Mannschaften, die ihre aktive Dienstzeit im Regiment gewissenhaft erfüllt und bei anderen Kriegseinheiten ihr Leben fürs Vaterland dahingaben, ist nicht annähernd abzuschätzen.

Die Tagung des Verbands Sächsischer Saalinhäber, die vom 19.—21. August in Dresden stattfinden sollte, ist vorläufig verschoben worden, da die Vorarbeiten noch nicht fertiggestellt werden konnten. In einer Vorstandssitzung am 26. d. M. soll der neue Tagungstermin festgelegt werden. Voraussichtlich wird dieser in die zweite Hälfte des September fallen.

Die Former und Gießereiarbeiter sächsischer Eisen- und Metallbetriebe der Amtshauptmannschaft Dresden haben am Montagabend den Streik beschlossen. Nachdem in Verhandlungen der Former- und Gießereiarbeiter Sachsens mit den Bezirksverbänden der Metallindustriellen seit März d. Js. weder die Aufstellung eines Reichs- noch eines Bundes-tarifs zustande gekommen war, sollte wenigstens ein Tarif für die Amtshauptmannschaft Dresden abgeschlossen werden. Die darüber mehrfach gepflogenen Besprechungen führten jedoch zu keinem die Arbeiterschaft befriedigendem Ergebnis. Infolgedessen ist beschlossen worden, daß in allen Betrieben, welche dem Verband der Metallindustriellen der Amtshauptmannschaft Dresden angeschlossen sind, die Former und Maschinenformer in den Streik treten. In den Betrieben,

die nicht dem Arbeitgeberverband angehören, sollen die Betriebsinhaber eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie die abzuschließenden Bedingungen voll anerkennen. Geschieht das, so kann in diesen Betrieben weiter gearbeitet werden.

Weindöbela. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Sonntag vormittag am Steinbruchteiche an der Holzburger Straße. Der Sohn des hiesigen Wirtschaftsbefizers Berger beabsichtigte, mit einem Pferde seines Vaters zu baden. Beim Betreten des Teiches verlor das Pferd den Boden unter den Füßen und stürzte mit dem Reiter ab in die Tiefe des Steinbruchteiches. Beide ertranken. Das Pferd konnte bereits eine Stunde nach dem Vorfall geborgen werden, während der Leichnam des Ertrunkenen bis jetzt noch nicht aufzufinden war.

Rossen. Im tiefsten Dickicht des Stadtbosches entdeckte man eine mit einem Fenster versehene kunstvolle Höhle, in der bequem drei Personen Platz haben.

Rossen. Für die hiesige Bürgermeisterei haben sich 30 Bewerber (davon 12 aus Sachsen) gefunden und zwar 9 Bürgermeister, 5 Stadträte, 5 Assessoren, 2 Referendare, 6 Rechtsanwälte 1 Hauptmann und 2 Sekreäre. Unter den Bewerbern sind 5 Nichtjuristen.

Döbeln. Infolge Genußes von Stachelbeeren und Bier verstarb die 19jährige Tochter des hiesigen Handarbeiters Kommel. Das Mädchen hatte von einem Verehrer ausflug Pilze mit heimgebracht und genossen, dadurch verbreitete sich das Gift, daß ihr Tod durch Pilzvergiftung erfolgt sei.

Leipzig. Der Verkehrsverein Leipzig hat eine Eingabe an den Reichsminister Dr. Well gerichtet, Leipzig zum Sitz einer Eisenbahndirektion zu erheben, um der bellagenden Verkehrszerstückelung und der Benachteiligung Leipzigs im Fernverkehr, bei durchgehenden und Schnellzügen, Zuganschlüssen u. a. m. abzuhelfen. In seiner Antwort hat der Reichsverkehrsminister darauf hingewiesen, daß er zwar auf beschleunigte Errichtung des Reichsverkehrsministeriums dringe, daß aber die Verwirklichung der Eisenbahnen nicht vor dem 1. Oktober 1920 bez. 1. April 1921 erfolgen könne, sodas also auch die in der Eingabe ausgesprochenen Wünsche erst später in Betracht kämen. Inzwischen werde er aber bei den Vorbereitungsarbeiten das Gesuch einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Leipzig. Die Knappheit an Ausstellungsraum auf der Leipziger Messe wird täglich fühlbarer. Der Umstand, daß mehrere tausend Aussteller keinen Platz mehr auf der Messe finden, dürfte bedauerlicherweise gerade solche Unternehmen treffen, die nach Rückkehr aus dem Felde ihren Betrieb wieder aufzurichten bestrebt sind. Der Mißstand wird aber von der nächsten Messe an überwunden sein, da durch die Abtrennung der Technischen Messe und der B.-umesse und ihre Verlegung auf einen späteren Zeitpunkt reichlich Ausstellungsraum verfügbar wird.

Das Messamt für die Mustermesse zu Leipzig hatte den Reichspräsidenten Ebert gebeten, der bevorstehenden Herbstmesse einen Besuch abzustatten. Darauf hat der Reichspräsident dem Messamt mitteilen lassen, daß er der Einladung, wenn die Umstände es irgend gestatten, gern Folge leisten werde.

Glauchau. Schon längere Zeit war Glauchau als Garnison für ein Volkswehr-Halbbrigade bestimmt worden.

Nachdem es in Zeltbain zusammengestellt worden war, haben die vier Kompanien und eine Maschinengewehrkompanie in der hiesigen Kaserne Quartier bezogen. Führer in Glauchau ist vorläufig Hauptmann Währburg, Führer des ganzen Bataillons, für dessen anderen Teil Zwickau als Garnison bestimmt ist, Major Teßler mit dem Sitz in Zwickau. Ob die Truppe dauernd in Glauchau verbleibt, ist fraglich.

Meerane. Der kürzlich hier gewählte Arbeiterrat, der sich in seiner Mehrheit aus Anhängern der U. S. P. zusammensetzt, hat eine Erklärung erlassen, nach welcher er auch ohne Bestätigung seitens des Stadtrats nunmehr die Ausübung seiner Funktionen aufnimmt und die Arbeiterschaft auffordert, sich in Streitigkeitsfällen stets an ihn zu wenden.

Stalpen. Der Donnerstag kurz vor Mitternacht ausgebrochene Wirbelwind hat eine der alten Binden unterhalb der Bahnhofstraße gebrochen. Der starke, aber total vermornte Stamm spaltete sich, die streiche sächliche Hälfte wuchtete ab, Freitag nachmittag erst legte sich dann die Nordhälfte um, im Falle wurden von den Spitzen der Reste Stämme der Staatsstraße in Mitleidenschaft gezogen. Die alten Binden sind vor reichlich 200 Jahren gepflanzt, als der Tiergarten kurfürstliches Eigentum war.

Neustadt. Eine am Freitagabend abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Priv. Schängengesellschaft beschäftigte sich mit der Beteiligung an dem zu bildenden Flurschutz. Nach einer regen Aussprache beschloß man, den Flurschutz — zum Teil freiwillig — zu übernehmen. Bereits 40 Herren erklärten sich zur Ausübung des Dienstes bereit.

Letzte Nachrichten.

Munitionsexplosion.

Bern, 19. August. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Mauthausen hat im Anor-Walde eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals 8 deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Eine Prämien-Anleihe?

Das Zentrum hat am Dienstag vormittag einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den das Reichsfinanzministerium zur Aufnahme einer Prämienanleihe ermächtigt wird. An der Annahme des Gesetzes ist kaum zu zweifeln. Seine Verabschiedung wird vielleicht schon am Mittwoch erfolgen. Ueber die Höhe der Anleihe steht nichts fest.

Eine neue Benachteiligung Sachsens?

Aus Breslau wird gemeldet: Das Forschungsinstitut für Textilindustrie soll angeblich nach Breslau kommen. Bisher galt es als ausgemacht, daß das Institut seinen Sitz in Dresden erhalten würde, da bekanntermaßen die sächsische Textilindustrie die bedeutendste im ganzen Reich ist. Sollte man in Berlin wieder einmal über die Interessen Sachsens achselzuckend hinwegzusehen belieben?

Berlin—Mailand.

Rom, 20. August. Das deutsche Reichspostministerium hat gestern Abend ein amtliches Telegramm an das italienische Post- und Telegraphenministerium geschickt, in dem es anfragte, daß der direkte Dienst auf der Linie Berlin—Mailand wieder aufgenommen ist. Dies stellt die erste amtliche Wiederanknüpfung der Korrespondenz zwischen den deutschen und italienischen Behörden dar.

Die Nationalversammlung.

—Weimar, 18. August.

Ein neuer 9 Milliarden-Kredit.

Am Sonnabend war der deutschen Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes betreffend eines Anleihekredites für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen. Danach wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 9 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen, den einzelnen Reichsverwaltungen, die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Teilbeträge bis zur Höhe von 7 Milliarden Mark zu überweisen, sowie 2 Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensverträge zu verwenden. Begründet wird der Entwurf mit der Notwendigkeit wegen der unmittelbar bevorstehenden Erschöpfung des Anleihekredites der Reichsregierung, weitere außerordentliche Deckungsmittel bereitzustellen.

Der Gesetzentwurf stand als erster Punkt auf der heutigen Tagesordnung. Da die Vorlage der Nationalversammlung erst am Sonnabend zugegangen war und von den Fraktionen keiner genauen Durchberatung unterzogen werden konnte, trat der Abgeordnete Dr. Hugenberg im Namen der Deutschnationalen für eine Absehung der Vorlage von der heutigen Tagesordnung ein. In den letzten Tagen, sagte er, sei in der Nationalversammlung eine große Reihe von Beschlüssen eingebracht worden, und trotz der offensichtlichsten Beschlußunfähigkeit des Hauses seien in überstürzter Weise erledigt worden. Bei einer solchen Eile müsse die Fraktion gewärtig sein, daß ihre aus den Kreisen ihrer eigenen Wählerschaft die schwersten Vorwürfe gemacht würden. Im Volke habe sich bereits die Ansicht verbreitet, daß die Nationalversammlung eine Gesetzesfabrik mit mehr als achtstündiger Arbeitszeit sei.

Präsident Fehrenbach verschloß sich nicht ganz den sachlichen Ausführungen Hugenbergs und meinte, daß es wohl möglich sei, die erste Lesung der Vorlage noch am einen Tag zu verschieben. Reichsfinanzminister Erzberger war indessen anderer Meinung. Durch eine Verzögerung mache man es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. Man gerate dann vor den Staatsbankrott (große Bewegung, lebhaftes Unruhe). Die Nationalversammlung müsse jetzt wenigstens die erste Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuss verwiesen. Dann bleibe für gründliche Beratung des Gesetzes genügend Zeit.

Die Abg. Schulz (Dnatl.) und Heinze (D. Sp.) widersprachen dem Vorschlag des Finanzministers, Abg. Dernburg und Abg. Kell (Soz.) sprachen sich hingegen für die Beratung des Gesetzes aus.

Der Antrag der Deutschnationalen wurde schließlich gegen die Stimmen der Rechten und Unabhängigen abgelehnt. Nach einer kurzen Begründung des Gesetzentwurfes durch den Reichsfinanzminister Erzberger wurde die Vorlage auf Antrag des Abg. Dernburg (Dem.) an den Ausschuss verwiesen, in dem der Finanzminister eingehende Mitteilungen über die Notwendigkeit des geforderten Milliardenkredites zu machen gedenkt.

Das Offizierentüchtigungsgesetz.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht auscheidenden Offiziere. Da die Wichtigkeit einer sofortigen dritten Beratung ins Auge gefaßt wird, fand eine Generaldebatte statt. Abg. Grünwald (Dem.) begrüßte das Gesetz, das den Offizieren den Übergang zu einem anderen Berufe erleichtern soll.

Abg. von Graefe (Dnatl.) befürwortete die Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage, die von der Regierung gar nicht recht vertreten worden sei. Die Regierung habe gegenüber der ablehnenden Haltung der Mehrheitsparteien allzu rasch nachgegeben. Es sei nicht bloß eine moralische Pflicht, sondern ein Gebot politischer Klugheit, wenn im Sinne der deutschnationalen Anträge vorgegangen werde.

Reichswehrminister Noske bestätigte die Mitteilungen des Vorredners über die schlechte Lage vieler Offiziere und Kapitulanten. Und dieser Zustand werde durch die Ausführung des Friedensvertrages, der uns die Verringerung des Heeres vorschreibt und der von der Regierung ehrlich und loyal durchgeführt wird, noch eine weitere Verschlimmerung erfahren. Als falsch bezeichnete der Minister die Auffassung des Vorredners, die übrigens auch von sachverständigen Offizieren nicht geteilt werde, daß das Reich den Offizieren gegenüber eine besondere Dankesspflicht zu erfüllen habe weil sie sich in den Tagen der Revolution zur Verfügung gestellt hätten, um gemeinsam mit der Regierung Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Die Offiziere hätten damit nicht zuletzt auch ihren eigenen Interessen gedient; denn hätten wir eine parteiliche oder unabhängige Regierung, so würde heute nicht über diese Abfindungsgesetze beraten werden. (Zustimmung.)

Der Minister wandte sich dann gegen den Vorwurf, die Regierung habe ihre Vorlage nicht energisch genug vertreten. Der Ausschuss habe die Vorlage der Regierung geändert, aber von ihrem Grundgedanken sei er nicht abgewichen. Daß nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, bedauere er sehr. Welche Parteigruppierung auch die Geschäfte des Reiches führe, sie müsse sich nach seiner Finanzlage richten. An der Tatsache sei nicht zu zweifeln, daß Herr v. Graefe in der Kommission gesagt hat, man könne ja ruhig in das Gesetz noch mehr einschreiben; man wisse doch, daß Deutschland nicht in der Lage sei, das Zugelagte zu erfüllen. (Großer Lärm rechts und erregte Zurufe.) Das bleibt an Ihnen (nach rechts) haften.

Reichsfinanzminister Erzberger versprach das weitgehendste Entgegenkommen der Regierung, um das Los der Offiziere und Kapitulanten nach Möglichkeit auch trotz der schlechten Finanzlage zu erleichtern.

Abg. Stäcken (Soz.) bestritt die Pflicht einer besonderen Dankbarkeit den Offizieren gegenüber. Bei der Ueberführung der Offiziere in den Zivildienst in Reich, Staat und Gemeinden müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig auscheiden.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Ab.) wandte sich

gegen die Auffassung, als ob die Offiziere mit ihrem Eintreten für die Regierung auch ihr eigenes Interesse vertreten hätten. Der preussisch-deutsche Offizier sei von jeher gewöhnt gewesen, selbstlos seine Pflicht zu tun. (Beifall rechts, Widerspruch und Lachen links.) Das Gesetz sei im Ausschuss dermaßen verschlechtert worden, daß das Ausschussergebnis tatsächlich in den Rahmen der Regierungsvorlage nicht nur nicht einpasse, sondern ihr gerade entgegengesetzt gegenüberstehe. Der Redner erklärte sich daher gegen die Annahme des Gesetzes in der Ausschussfassung. Hierauf wurde die Weiterberatung auf zwei Stunden unterbrochen.

Der Staatsgerichtshof.

Die Errichtung eines Untersuchungsausschusses und eines Staatsgerichtshofes.

Der Verfassungsausschuss trat Montag nachmittag während der Plenarsitzung zur Beratung zusammen, um die Vorschläge seines Untersuchungsausschusses zur Vorlage wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes entgegenzunehmen. Die Beratungen führten schließlich zur Annahme des folgenden Antrages des Untersuchungsausschusses an die Nationalversammlung:

Die Nationalversammlung wolle beschließen auf Grund der Verfassung des Deutschen Reiches, Artikel 34, alsbald einen Untersuchungsausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen: 1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlauf herbeigeführt haben, insbesondere 2. ob Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, 3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind, 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzen haben oder über die militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinaus grausam und hart waren.

Weiter hat der Verfassungsausschuss beschlossen, den Untersuchungsausschuss mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Artikel 108 der Reichsverfassung unter Ausdehnung seiner Zuständigkeiten im Sinne des Gesetzentwurfes zu beauftragen. Die Reichsregierung ließ ihre Zustimmung zu diesem Beschlusse erklären.

Der polnische Aufbruch.

Die polnisch-deutschen Kämpfe in Oberschlesien.

Die Kämpfe zwischen deutschen Truppen und polnischen Banden dauern zur Zeit noch an. Zu besonders schweren Kämpfen kam es auch auf der Chaussee nach Groß-Dombrowa, wo die Verluste auf beiden Seiten ziemlich groß sein sollen. Noch nicht abgeschlossen sind die Kämpfe in der Waldgegend von Pleß, wo es den Banden möglich ist, in den ausgedehnten Waldungen Unterschlupf zu gewinnen.

Das Standrecht über Oberschlesien verhängt.

Von seiten des kommandierenden Generals des 6. Armee-Korps und des Staatskommissars für Schlesien und West-Posen wurde der verschärfte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neustadt, Kelsch, Grottkau und Hallenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streikens. Alle Streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Die Lage besserte sich bereits im Laufe des Montag für die deutschen Truppen ganz erheblich. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage, und es besteht begründete Hoffnung, daß in kürzester Zeit sämtliche Insurgentennester gesäubert werden können. Durch die Verhängung des Standrechtes wurden zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, eingeschüchtert. Unter den polnischen Banden befinden sich nachgewiesenermaßen zahlreiche polnische Legionäre in Zivilkleidung. Zahl hinter den Banden überhaupt die reguläre polnische Armee steht, scheint von Stunde zu Stunde klarer zu werden. Die ganze Aktion zielt offenbar darauf ab, chaotische Zustände zu schaffen und die günstige Gelegenheit zum Einrücken dazu zu benutzen, alle Abmachungen der Friedenskonferenz über den Haufen zu werfen.

Neue Ueberfälle im Kreise Rybnik.

Wie von amtlicher Stelle in Rybnik gemeldet wird, kam es in der Nacht zu Dienstag an allen Ecken und Enden zu Bandenkämpfen. Bewaffnete Haufen zogen von Auden und Seibertsdorf gegen die Stadt Rybnik. Sie wurden unterwegs zurückgeschlagen. Ihre Verluste sind beträchtlich. Scharfe Ausschreitungen gab es in Ober-Schwidland, ferner in Emmagruhe und Radlin, wohin in den Morgenstunden der Panzerzug Nr. 32 abgefahren wurde. Mehrere Tote hatten die Angreifer in Seibertsdorf. Ebenso wurde ein Ueberfall auf Charlottengruhe verübt, wo in den frühen Morgenstunden der Versuch gemacht wurde, die Reichswehr zu entwerfen. Der Streik im Rybniker Revier ist in der Montag-Nachtschlacht vollständig geworden. Den Bergarbeitern beginnen sich einzelne Kategorien anderer Arbeiter anzuschließen.

Polnische Mordmörder.

Im Kreise Pleß wurden an einer einzigen Stelle dreizehn scheinlich zugerichtete Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden. Viel-

dungen über Grenzkämpfe der Aufrehrer laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Plünderungen auch der Ernte befürchtet. Alle Vorkehrungen sind militärischerseits getroffen worden. Die Verluste im Beuthener Bezirk betragen auf deutscher Seite fünfzehn Tote und 30-40 Verwundete.

Der Herzog des polnischen Aufrehrs.

Ueber die Lage bei Kattowitz wird gemeldet, daß der Herzog des Aufrehrs auf Schoppinitz, Janow und Kattowitz beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist gänzlich ruhig. Auch Myslowitz, wohin sich die kleinen Grenzpostierungen zurückgezogen hatten, war den Tag über nach der Schließung der Sonntag Nacht im allgemeinen ruhig und fest in der Hand der Reichswehrtruppe.

Den Aufrehrern gelang es, vereinzelt kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach länger andauerndem Feuergefecht und infolge Munitionsmangels zu entwerfen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Köstlerungen meuchlings ermordet, so der Führer der eingekesselten Bionterkompanie, der auf dem Wege nach Jmiel in einem Hinterhalte zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppe, die ihre überschleifische Heimat verteidigt, ist dem hinterlistigen Feinde gegenüber groß. Die eingekesselten Teile führten stellenweise ein stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Weiter werden auf unserer Seite Offiziere und Mannschaften vermisst, doch dürften die Verluste der Gegner erheblich höher sein.

Steigende Kohlennot in Breslau.

Die Magistratskommission beschloß wegen der Kohlennot, von Dienstag ab den Abendverbrauch von Gas und elektrischem Strom durch die Gastwirtschaften, Theater, Kinos, Konzerte und Tanzlokale von 9 Uhr abends ab zu untersagen, ferner bei Ausbleiben weiterer Kohlenlieferungen von Mittwoch ab den Verkehr auf der Straßenbahn stillzulegen, von Donnerstag ab die Stromabgabe für groß- und kleingewerbliche Betriebe um die Hälfte zu kürzen sowie gleichzeitig von 11 Uhr abends bis 4 1/2 Uhr früh die Gaszufuhr und den elektrischen Strom in vollem Umfange zu sperren. Die Einstellung des Schnellzugsverkehrs der deutsch-österreichischen Bahnen ist in erster Linie auf den Streik in Oberschlesien zurückzuführen.

Die ungarische Regierungskrise.

Die Alliierten gegen eine Regierung Erzherzogs Joseph.

Die Befehle des Handelsministeriums und des Ernährungsministeriums, die, bekanntlich den Sozialdemokraten vorbehalten bleiben sollten, durch den Eisengroßhändler Heinrich und den Direktor der ungarischen Schweinemastanstalt, Erdely, beweist, daß die Regierung Friedrich die Hoffnung, die Sozialdemokraten noch für sich zu gewinnen, jetzt aufgegeben hat. Jrgendeine politische Stärkung hat natürlich die Regierung des königlichen Prinzen Joseph durch den Eintritt Heinrichs und Erdelys nicht erfahren.

Die Pariser Blätter berichten bereits, daß die Entente die Regierung Erzherzogs Joseph nicht anerkennen werde. In Wiener Ententekreisen wird darauf hingewiesen, daß nur der Rücktritt des Erzherzogs Joseph von der Regierung eine gezielte Lösung der ungarischen Frage ermöglichen würde. Ein gewaltsames Eingreifen gegen Erzherzog Joseph hält die Entente allerdings nicht für angängig, da sie auf dem Standpunkt steht, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht einzumischen. Sie wird daher auch nicht mit der Wiederherstellung der Monarchie gegenüber Ungarn vorgehen. Andererseits verlangt jedoch die Entente eine solche Regierung, durch welche der Wille der ganzen Nation zum Ausdruck gebracht wird, also den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung, welche hierzu durch die Haltung ihrer Partei ausdrücklich legitimiert erscheinen. Man glaubt, daß, wenn sich Erzherzog Joseph zum Rücktritt bestimmt fühlen sollte, ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat, und zwar ein Landwirt, ein Industrieller und ein Arbeiter, die Vertretung der Regierung übernehmen wird. Dieser Staatsrat hätte sodann die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden.

Deutsch-Befugungs Erhebung.

Die Bevölkerung des deutschen Teiles des Eisenburger Komitats erklärte in zahlreichen Versammlungen den Austritt aus dem ungarischen Staatsverbande und den Anschluß an Deutsch-Oesterreich. Die Versammlungen verliefen, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, überall erfolgreich. Die Beschlüsse wurden einstimmig und unter freiem Himmel gefaßt und die Erklärung des Volkswillens an die Regierung in Budapest, an die deutsch-österreichische Regierung, die Vorbedregierung in Steiermark und die Entente-Missionen gerichtet.

Politische Rundschau.

— Berlin, 19. August 1919.

— Die „Agence Havas“ der französischen Presse mitteilt, haben die von Deutschland zu erwartenden Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet jetzt ihren Anfang genommen. Die erste dieser Lieferungen geht sogar über die vereinbarte Mengengrenze; sie beträgt statt 888 000 über eine Million Tonnen für den Monat.

— Der sozialdemokratische Abgeordnete Hue, Sekretär im preussischen Handelsministerium, begibt sich in den nächsten Tagen nach Versailles, um an den Verhandlungen mit der interalliierten Kommission über die Kohlenlieferung Deutschlands an die Entente teilzunehmen.

— Der ehemalige Herzog und die Herzogin von Braunschweig befinden sich seit einiger Zeit in Schweden. Der Herzog will sich für längere im Haag niederlassen.

— Der endgültige Entwurf des Friedensvertrages mit Deutsch-Oesterreich wird am kommenden Freitag den deutsch-österreichischen Delegation in Saint Germain überreicht werden.

— Der amerikanische Lebensmittelminister Dr. Hoover ist in Wien eingetroffen.

— Das internationale Bergarbeiterkomitee wird am 26. August in Amsterdam zusammentreten.

Der französische Kammerausschuss hat einstimmig einen Beschluss gefasst, der von der Regierung Mitteilung verlangt, welche militärischen Sicherungen für Elsass-Lothringen gegenüber Deutschland getroffen sind.

In verschiedenen Teilen Irlands fanden zwischen Bevölkerung und Militär weitere Zusammenstöße statt.

Der bayerische Landtag gegen die Auslieferung des Kronprinzen Rupprecht. Der Kestlerrat des bayerischen Landtages hat, durch den Brief des Kronprinzen Rupprecht von Wittelsbach veranlaßt, bei der Deutschen Reichsregierung mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben gegen die von der Entente gehegte Absicht, deutsche Staatsangehörige vor einen ausländischen, einseitig besetzten Gerichtshof zur Aburteilung zu ziehen. Der Kestlerrat ist der vollen ganzen bayerischen Volk geteilt Überzeugung, daß ein derartiges Gerichtsverfahren gegen deutsche Staatsangehörige und gegen bayerische Staatsbürger ebenso den internationalen Auffassungen widerspricht, da eine Auslieferung an den ausländischen Gerichtshof den Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung zuwiderläuft. Der Kestlerrat gibt der zurechtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte bei den Regierungen der Entente unternehmen werde, um den Forderungen der Gerechtigkeit zum Siege über das Gebot der Macht zu verhelfen.

Die rheinischen Selbstständigkeitsbestrebungen. Der neu gegründete Rheinlandsbund in Elberfeld fordert die sofortige Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im föderativen Verbande mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Republiken. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen, wobei wohl die radikalen Arbeitermassen und Bauernvertreter der rheinischen Volksstimme überwiegend vertreten sein dürften. Von Forderungen seien erwähnt: Abwägung der Interessen der Arbeiter und Bauern, Verbilligung der Nahrungsmittel durch Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zwischen Arbeiter und Bauer, Gewinnbeteiligung der arbeitenden Klassen an Unternehmungen zur Hebung der Arbeitsluft, Respektierung des rheinischen Eigentums im Auslande und der rheinischen Flagge auf dem Meere, Hebung des rheinischen Geldwertes, die Errichtung einer eigenen rheinischen Währungs- und die entsprechende Herabsetzung der Besatzungskontingente.

Neutrale Intervention für die deutschen Kriegsgefangenen.

Die „Times“ melden, daß zwei neutrale Regierungen Schritte bei der englischen Regierung unternommen haben zwecks der baldigen Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Rundschau im Auslande.

Polen: Polnische Arbeiter beim Wiederaufbau.

Eine anscheinend amtliche, durch die Warschauer Blätter veröffentlichte Note läßt erkennen, daß die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Frage der Heranziehung polnischer Arbeiter für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt haben und daß die Zuwanderung polnischer Arbeiter von größerer Ausdehnung sein wird, als man ursprünglich glaubte.

Rußland: Volkswirtschaftliche Niederlagen.

Die Entente hat endlich die materielle Unterstützung der gegen Petersburg operierenden Nordarmee mit Munition und modernen Kriegswaffen zugesagt. Nach dem General Judentich die neue Regierung Irlands anerkannt hat, verspricht der estländische General Salboner, daß die estländischen Truppen mit der Nordwestarmee gemeinsam gegen die Volkswirtschaft vorgehen würden. In der Nähe von Alexandrowka-Gorka haben die Volkswirtschaften eine große Niederlage erlitten. Die neuorganisierten russischen Truppen haben diese Stadt besetzt. In der Nähe des Bahnhofes von Boderin ist ein Sowjetregiment zu den estländischen Streitkräften übergegangen. Nach einer amtlichen Neutermeldung sind die Volkswirtschaften von der Bevölkerung aus Odesa vertrieben worden. Es heißt ferner, daß sie im Bogen sind Klein und die ganze Ukraine zu räumen.

Vereinigte Staaten: Amerika und der Friedensvertrag.

Präsident Wilson hat durch Vermittlung St. Wood dem Senat mitgeteilt, daß, was den Friedensvertrag betreffe, keinerlei Vorschläge oder Vorbehalte berücksichtigt werden könnten. Wenn der Vertrag abgelehnt oder abgelehnt werde, dann müsse ein neuer Friedensvertrag geschaffen werden. Da die Großmächte und Deutschland den Friedensvertrag angenommen hätten, so würden die Vereinigten Staaten in die Lage kommen, sich mit dem Gute in der Hand an Deutschland wenden zu müssen mit dem Entschluß, einen Sondervertrag anzunehmen zu wollen. Deutschland würde aus dem Umstand, daß es allein mit den Vereinigten Staaten zu tun habe, den äußersten Nutzen ziehen. Die Vereinigten Staaten würden von der Belieferung mit deutschen Rohstoffen, die für die Kaufleute aller Nationen erhältlich seien, ausgeschlossen werden. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß er den Bericht des Senatsausschusses über den Friedensvertrag innerhalb 10 Tagen erhalten werde.

Vereinigte Staaten: Die amerikanischen Pläne gegen Mexiko.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte. Nach amerikanischen Nachrichten hat Carranza den britischen Botschaftsattaché in Mexiko ausgewiesen, und zwar, wie die amerikanischen Blätter hinzufügen, aus Kecker darüber, daß er von England nicht anerkannt werde.

Locales.

Das neue Fünfsigpfennigstück. Zur Hebung der Kleingeldnot ist beabsichtigt, 50 Millionen neuer Fünfsigpfennigstücke bei den Münzstätten in Prägung zu geben. Das Modell des neuen Geldstücks weicht

wesentlich von den bisherigen Münzen ab und dürfte sich für den praktischen Gebrauch gut eignen. Geht man zu den neuen Stücke in Aluminium ausführen zu lassen. Auf der Vorderseite mit dem Rande gleichlaufend befindet sich auf den neuen Münzen die Aufschrift „Deutsches Reich“. Die Mitte der Vorderseite wird wie bei den Fünfsigpfennigstücken von einer „50“ eingenommen darunter ist auf einem Schild „Pfennig“ zu lesen. Unter dem Schild befindet sich die eingetragene Jahreszahl 1919. Die Rückseite weist lediglich ein Garbenbündel mit vollen Ähren auf, das in der Mitte von einem Band durchquert wird, auf dem zu lesen ist: „Sich regen bringt Segen.“ Die Schrift ist gotisch gehalten, der Umfang der Münze ist etwas größer als der des Fünfsigpfennigstückes. Der Rand der Münze soll wie bei den alten Fünfsigpfennigstücken gerippt ausgeführt werden.

Das Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte. Bekanntlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar dieses Jahres genötigt gesehen, ein Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte und Schwerunfallverletzte zu erlassen, weil sonst zu befürchten war, daß diese Personen völlig von dem Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Kündigungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Bestimmungen, zuletzt bis zum 1. September dieses Jahres, verlängert worden. Das mihliche eines solchen Verbots ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es beiseitigen zu können, sobald das Gesetz über den Einstellungszwang in Kraft tritt, das zur Zeit in dem Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Am den Abbau des Kündigungsverbotes aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß Kündigungen Schwerbeschädigter wirksam sind, wenn ihnen die zuständige Hauptkassierstelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder die Stelle, die von der Hauptkassierstelle für die Durchführung des Einstellungszwanges bestimmt ist, zugestimmt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer angemessener Arbeitsplatz für den Schwerbeschädigten gefast ist. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Zukunft, sondern auch für alle Kündigungen, deren Wirksamkeit bisher durch das Kündigungsverbot ausgeschlossen war. Die Bestimmungen der Kriegsbeschädigten sind vor dieser neuen Verordnung geblieben und haben ihre Zustimmung.

Eine zweckmäßige Neuerung ist im Postverkehrs zu verzeichnen. Die Postämter können bekanntlich auch von Privatdruckereien hergestellt werden. Der rechtmäßige Posteinlieferungsschein darf jetzt durch eine seitliche Verlängerung des Abschnittes größer gestaltet werden als bei den amtlich hergestellten Vorbruden. Auf der so gewonnenen Fläche können außer der Einlieferungsbescheinigung weitere Angaben gemacht werden, die sich auf die Einzählung mit der Postkarte beziehen. Sie können z. B. für eine Rechnung als Ausweis für die Empfangnahme von Waren benutzt werden. Der Posteinlieferungsschein selbst muß nach wie vor mit einem amtlichen Vordruck übereinstimmen.

Neues Kleingeld. Nach einer Verordnung des Reichsministeriums wird der Reichsrat ermächtigt, an Stelle der im Gesetz von 1909 vorgesehenen Silber-, Nickel- und Kupfermünzen zu 50, 10, 5 und 1 Pfennig Münzen gleichen Wertes in anderer Gestalt und aus anderen Metallen herstellen zu lassen. Die vorbereitenden Arbeiten sind dem Reichsfinanzministerium übertragen worden.

Volkswirtschaftliches.

Saatensstandsbericht. Während der letzten vier Wochen herrschte in Deutschland sehr unbeständiges und für die Jahreszeit verhältnismäßig kaltes Wetter. Häufige, aber sehr ungleich verteilte Niederschläge behinderten die Roggenernte, die Mitte August infolgedessen meist noch im Gange war. Zwar ist der Schnitt, der sich infolge starker Lagerung schwierig und zeitrauend gestaltete, im großen und ganzen als beendet anzusehen, aber nach den eingelaufenen Berichten dürfte Mitte August kaum die Hälfte des Roggens geerntet worden sein. Erfreulicherweise haben die häufigen Niederschläge dem Roggen bisher noch nicht geschadet und nur vereinzelt wird berichtet, daß er in nicht genügend trockenem Zustande eingebracht worden sei. Den übrigen Getreidearten ist die seuchte Witterung weiter zuzustatten gekommen. Der Einfluß der Witterung auf die Entwicklung der Kartoffeln wird sehr verschieden beurteilt. Während aus den östlichen Gebieten gemeldet wird, daß die Kartoffeln bereits unter übermäßiger Nässe zu leiden begannen, liegen beispielsweise aus der Provinz Sachsen mehrfach Klagen über nicht genügend Feuchtigkeit vor. Bei den Futter- und Futtererbsen wird fast allgemein über starke Verumkrautung geklagt, da es an den erforderlichen Arbeitskräften zum Bekämpfen fehlt. Die Futterpflanzen gaben meist gute Erträge, doch hat die Beschaffenheit durch die häufigen Niederschläge vielfach erheblich gelitten. Die Aussichten für den zweiten Schnitt werden als günstig bezeichnet, nur in einzelnen Gebieten, wo es an Niederschlägen fehlte wie in der Provinz Sachsen, teilweise auch in Westfalen und in Süddeutschland, läßt der Nachwuchs zu wünschen übrig.

Der Rückgang des Marktwertes. Die Schuld an dem andauernden Rückgang des Marktwertes der deutschen Reichsmark wird von schweizerischen Finanzleuten der vorzeitigen und nicht genügend klaren Ankündigung des Notenumtauschs zugeschrieben. Deutschland habe durch den Kursverlust seiner Baluta heute schon viel mehr eingebüßt, als ihm die Anmeldung deutscher Banknoten, die sich als deutscher Besitz im neutralen Ausland befinden, an Stammkapital je einbringen können. Seit dem ersten Austausch der Abstempelungs- und Umtauschpläne habe sich die deutsche Baluta um 27 Proz. gesenkt. Nehme man an, daß die Summe der in der Schweiz befindlichen deutschen Noten etwa zwei Milliarden Mark betrage, so wäre bis heute allein auf dieses Kapital ein Verlust von 540 Millionen Mark entstanden.

Aus Stadt und Land.

Die Umgruppierung der feindlichen Besatzungsarmeen. Ganze englische Divisionen verlassen das be-

setzte Gebiet und kehren nach England zurück. Am Oktober wird die im besetzten Gebiet stehende Armee nur noch 5000 Mann stark sein und unter dem Befehl eines französischen Generals stehen. Ende der letzten Woche fand im amerikanischen Hauptquartier in Koblenz eine Besprechung statt über die Einzelheiten der Uebernahme des bisher von den amerikanischen Truppen besetzten Gebietes durch die Franzosen. Diese werden in einem Teil des Abschnittes westlich des Rheins einrücken und ein Stück des Brückenkopfes Koblenz wird von ihnen übernommen werden. Das 5. Trailleurs-Regiment, welches bereits in Andernach und Weidenturm untergebracht ist, ist dafür bestimmt worden; das Divisionshauptquartier für das 38. Marokkaner-Regiment wird in dieser Woche in Andernach errichtet werden.

Die Lage im Hamburger Bankbeamtenstreik ist ernster geworden, als sie bereits den Anschein hatte. Die Vermittlungstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums ist im großen und ganzen gescheitert. Die Verhandlungen sind nunmehr abgebrochen und sollen Ende der Woche in Berlin fortgesetzt werden. Neben dem Zweigverein Hamburg des Deutschen Bankbeamtenvereins und der Ortsgruppe Hamburg des Allgemeinen Verbandes der Bankbeamten werden an diesen Verhandlungen auch die Berliner Zentralleitungen der beiden Bankbeamten-Organisationen, ferner der Verband der Berliner Bankleitungen und die Banken von Hamburg daran teilnehmen.

Antimonarchistische Demonstrationen in Wien. Am Mittwoch fand vor dem Parlamentsgebäude in Wien eine große Demonstration der Wiener Volkswehr und der Polizei gegen die Wiederaufrichtung der Monarchie statt. Um 9 Uhr begann der Aufmarsch der Truppen zum Parlament. Großes Aufsehen erregte die Bürgerwehr des Arsenals, die in dunklen Hosen, blauen Arbeitsblusen und schwarzen Zylinderhüten, mit Revolvern bewaffnet, auf der linken Seite der Parade aufstellung nahm. Um 10 Uhr begannen sich die Truppen zu formieren. Im Zuge befanden sich vier Musikkapellen der Volkswehr und je eine Musikkapelle der Stadtpolizei und der Sicherheitswache. Um 10 Uhr wurde „Gibt acht!“ geblasen. Die Musikkapellen spielten die Marschallse, und unter Vorantritt des Kommandos der Volkswehr, des Staatssekretärs Bais und des Staatssekretärs Deutsch begab sich der Zug zum Musikpark, wo man sich zur Formierung sammelte. In den Reden wurde das Bekenntnis zur Republik neuerlich wiederholt und feierlich ausgesprochen. An der Demonstration nahmen mehr als 12.000 Personen teil. Jeder der Teilnehmer erhielt aus Unlaf der Kundgebung eine Zulage von 5 Kronen.

Französischer Plan eines Basel-Strasbourg-Kanals. Aus Paris vernimmt man Einzelheiten über den französischen Plan zum Bau eines Kanals längs des Rheins von Basel bis Strasbourg, zu dessen Bewässerung das Wasser des Rheins verwendet werden soll. Der Plan hält sich an die Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach Frankreich das Besatzungsrecht über die ganze Strombreite des Flusses erhält. Der alte Rhein soll durch ein Stauwerk bei Rembs 5 Kilometer stromaufwärts von Basel abgesperrt werden. Unterhalb Rembs wird das Wasser nicht mehr aufgehalten, sodas dort ein schmales Flüsschen durch ein breites Sandbett seinen Weg nach Strasbourg nehmen kann. Der mit Rheinwasser gespeiste neue Kanal soll ein Riesentier von einer Breite von 90 Meter werden, das hinsichtlich seiner Bedeutung dem Suez- oder Panamakanal gleichkommt. Zwischen Rembs und Strasbourg soll der Kanal in einem Abstand von 800 Meter neben dem linken Rhein herlaufen und durch 8 Schleusen geregelt werden, die 170 Meter lang und 35 Meter breit sein sollen, so das Frachten bis zu 1200 Tonnen den Kanal passieren können. Man glaubt, daß mittels dieses Kanals eine direkte Verbindung zwischen Basel und Rotterdam hergestellt werden kann.

Medikamente im Werte von 50.000 Mark sollten auf einem Segelschiff aus dem Libanon Hafen ins Ausland verschoben werden. Es handelte sich meist um Chinin, Aspirin usw. Die Medikamente wurden aber durch die Hafenpolizei an Bord des Seglers entdeckt und sicher gehalten.

Bei einem Aufschlag in Johannistal starzte ein Flugzeug ab. Ein Offizier wurde getötet, zwei verletzt. Ein Gabeln im Werte von 300.000 Mark wurde jetzt wieder aus dem Schloß Ludwigslust in Baden auf bisher noch ungeklärte Weise gestohlen.

In Gelsenkirchen wurde die Ehefrau König mit geschütteltem Hals tot aufgefunden. Es liegt Raubmord vor.

Der russische Kriegsgefangene Michael Gorkhan hat in Jelitsh (Kreis Ohlau) den Stellenbesitzer Amets ermordet und ist flüchtig.

Am Postverkehr mit der Belgischen Besatzungszone ist bei Paketen die Angabe des Inhalts auf der Außenseite und auf den Paketkarten nicht mehr erforderlich. Sonntag früh ist der schweizerische Oberleutnant Adernann mit Major Kler im Doppeldecker auf Jungfraujoch (3600 Meter) gelandet.

Wegen Steinloshnot wurde der gesamte Schnellzugverkehr auf den deutsch-österreichischen Staatsbahnen eingestellt.

In Wien wurde der Beamte Kofstein der Filiale der Bank- und Wechselbankgesellschaft wegen Unterschlagung von einer Million Kronen zum Raubtäter der Bank verurteilt.

Über 50.000 Fälle von Typhus kamen im letzten Jahre in Spanien vor, von denen 11.000 tödlich verliefen.

In Saloniki kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Senegalesen und Franzosen. Es gab dabei zahlreiche Tote und Verwundete.

In ganz Oberesass ist der Generalkriegsverbinder worden, der sich auf alle Weibchen, alle öffentlichen Beamten und die Eisenbahn erstrecken soll.

Nach einer Meldung des „Temps“ aus Maubeuge hat im Anor-Wald eine zweite Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals acht deutsche Gefangene zum Opfer fielen.

Die Gesamtverluste aller Gattungen, den die deutsche Kriegsflotte durch den Weltkrieg und seine so vernichtenden Folgen erlitten, ist auf die gewaltige Zahl von 690 Fahrzeugen geklungen. Im Kampfe für das Vaterland sind von der Marine 946 Offiziere, 5223 Deckoffiziere, Feldwebel, Fähnriche und Unteroffiziere und 12.686 Mannschaften gefallen.

Vor einem neuen Landarbeiterstreik in Pommern. Die Landarbeiter in der Vorpommerschen Heide fordern, daß der Tageslohn auf 7,50 Mark erhöht wird und verlangen für die Stunde 1,50 Mark, außerdem 10 Zentner Kartoffeln für die Erntezeit und täglich 2 Pfund Korn, ferner volle Befristung, wofür 2,50 Mark in Abrechnung gebracht werden sollen. Da diese neuen Forderungen nicht mit dem Tarif übereinstimmen, kam es zum Streik. Die Arbeiter auf sechs Gütern haben die Arbeit niedergelegt, auf gütliches Zureden jedoch wieder aufgenommen. Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums Dr. Grimm verhandelte in Grimmen und Vohls mit den Arbeitern, ohne zu einer Einigung zu kommen. Infolgedessen wird sich der Schlichtungsausschuß in Stralsund mit der Angelegenheit beschäftigen. Auch im Landkreis Kolberg ist es zu einem Tarifbruch gekommen. Hier einigte man sich jedoch durch Verhandlungen, indem man den Arbeitern eine neue Teuerungszulage bewilligte.

Vom Eisenbahnzug überfahren. In Trebbin (Mark) hatten vor einigen Tagen ein Mann und eine Frau, anscheinend ein Ehepaar, in einem Gasthof Aufenthalt genommen und dort Gardinen und Bettwäsche gestohlen. Der Diebstahl wurde entdeckt, und sie sollten auf dem Bahnhof festgenommen werden. Sie entkamen dem sie verhaftenden Beamten und gerieten vor einen einfahrenden Zug, der sie überfuhr. Der Beamte, der sie festhalten wollte, geriet gleichfalls unter den Zug und erlitt dabei auch den Tod.

Englische Minister in Aden. Der britische Premierminister Lloyd George, Minister Churchill sowie endlich Asquith sind Sonntag nachmittag in Aden, wo sich das Hauptquartier der englischen Kontingente befindet, eingetroffen. Asquith war bereits kürzlich in Aden. Es ist der erste Fall, daß seit fünf Jahren ein aktiver Staatsmann der Entente deutschen Bodens betritt. Zur Feier der Anwesenheit fand am Dienstag eine große englische Truppenparade statt.

Die Beamtenflucht aus der Ostmark. Mit der Besetzung der Beamten aus den abzutretenden Gebieten hat die Staatsregierung in größerem Umfang begonnen. Aus Gulin ist der größte Teil der Post- und Telegraphenbeamten nach Danzig und Albing verlegt. Aus Thorn und Graudenz sind die meisten Richter zum 1. und 15. September in die Bezirke Stettin, Stettin oder Naumburg verlegt worden. Durch Verlegung aller deutschen höheren Beamten wird es den wenigen bisher noch unerschlossenen mittleren und unteren Beamten unmöglich gemacht, in polnische Dienste überzutreten. Nach polnischen Blät-

tern haben bisher über 15000 Deutsche in Ostpreußen und Danzig geflüchtet, die Polen zum Ausbruch des Krieges beizubringen.

Im Kreise Galtze ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen.

Im Berlin-Münchener D-Zug, der wegen Maschinenbeseitigung in Mosberg zwei Stunden liegen blieb, sind während der Wartezeit nicht weniger als 12 Reisende um Geld und Wertgegenstände bestohlen worden. Die Beute der Diebe beträgt über 12000 Mark.

In Dresden

auf der Ausstellung
für Wohnungs-Bau
steht man die

AMBI-
Dachziegel-Maschine
im
Hand-Betrieb.

Beste Nachrichten.

Englisch-russische Seeschlacht.

Kopenhagen, 20. August. In der Finnischen Bucht ist es gestern zu einer förmlichen Seeschlacht zwischen englischen und bolschewistischen Schiffen gekommen. Soweit bisher bekannt ist, sollen die Engländer die russischen Schlachtschiffe Andrei Perowskij und Petropawlow, das Hilfschiff für Unterseeboote Bjalko, ferner ein Torpedoboot und ein Wachschiff versenkt haben. Die britischen Seestreitkräfte verloren, wie sie behaupten, nur drei Motorboote, wobei acht Offiziere und drei Mann umkamen. Petropawlow war ein modernes Schlachtschiff von 23400 Tonnen, das 1911 gebaut wurde, Andrei Perowskij stammt aus dem Jahre 1906 und hatte eine Wasserdrängung von 18300 Tonnen.

Kirchen-Nachrichten.

Donnerstag, den 21. August 1919.
Bärenburg. Abends 6 Uhr Bestunde in der Kapelle.

Sprechsaal.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Die im letzten Sprechsaal erhobenen Anklagen gegen die Sommerfröher beruhen zum Teil auf Irrtum und sind

anscheinend aus einer Feder gestossen, die die unberechtigte Abneigung gegen die Sommergäste schüren will. Zunächst sei festgestellt, daß jeder Fremde eine Abmeldung seiner Heimatbehörde beibringen muß, in der die Abgabe der Lebensmittelkarten bestätigt wird; er verliert dadurch in seiner Abwesenheit oft sehr Wertvolles, denn die Kurorte beliefern die Gäste nicht in gleicher Weise wie die Einwohner. Der Kampf gegen das übermäßige Hamstern ist durchaus berechtigt. Man lasse das Uebel aber bei der Wurzel und verurteile unsere Landwirte zu höchsten Strafen für das Annehmen des Besuchergeldes; denn dem Städter ist es nicht zu verdenken, wenn er die bis vor kurzem miserable Kartenverpflegung selbst etwas aufbessern versucht. Die Feinde der Sommergäste sind es aber gerade, die selbst lässig hamstern gehen und sich durch ihre wackelnden Mitmenschen nur geschmäht fühlen. Das Zerstreuen der Felder und Wiesen ist, nach mir seitens hiesiger Besitzer gewordener Mittelungen, auf Beeren- und Pilzsuchen zurückzuführen. Ich empfehle zu den Morgen- und Abendgängen nach Ripsdorf zu kommen, um zu sehen, welche Schäden sich unsere Ortschaften ergötzen, die nebenbei bemerkt — unsere Gärten und Lauben als Nachtlager benutzen. Diesen Menschen kommt es auch nicht darauf an, Acker und Wiesen zu zertreten. Aber auch die Einheimischen scheuen vor solchen Verwüstungen nicht zurück. Ein Beispiel für viele ist die Wiese oberhalb des Bahnhofes Naundorf, wo Draht und Seil nicht verhindert, einen Nichtweg zu schaffen. Daß man an dem Benehmen einzelner Personen Anstoß nehmen kann, ist sehr begründet. Solange es aber Großstadtmenschen gibt, wird das nicht anders. Von Dresden z. B. könnte man weit Schlimmeres berichten. Und kann man vielleicht behaupten, daß unsere einheimischen Mädchen, wenn sie nachts lärmend vom Tanz kommen, weniger anstößend wirken? Die Lebensmittelnot hat leider zuviel Leid im Menschen ausgeleitet und nur so ist es wohl zu erklären, daß ganz vergessen wird, wieviel Geld die Fremden im Bezirke lassen (das der Steuerkasse doch auch zugute kommt) und daß viele Gewerbetreibende, Handwerker und Einheimische (letztere durch viel Nebenverdienste) ohne die Gäste nicht existieren würden. Auch unsere Beamtenschaft vergißt, daß sie und ihre Familie nicht so gesund und schön leben könnte, wenn der Fremdenverkehr nicht die Bahn-anlage notwendig gemacht hätte.

(Letzteres beruht auf Irrtum. Nicht der Fremdenverkehr hat die Bahn, sondern die Bahn den Fremdenverkehr geschaffen. Sie wurde erbaut, als in unserer Gegend an Fremdenverkehr, der natürlich in jeder Hinsicht zu begründen ist, noch nicht zu denken war. Ganz andere Gründe gaben die Veranlassung zum Bau. D. R.)

Ehrliches, sauberes
Mädchen
für 1. September gesucht.
Café Taubert.

Brauntwein
wieder eingetroffen!
Carl Heyner.

Frisches Schellfisch,
Blumenkohl
empfiehlt
Illgen, Altenerger Straße.

Donnerstag 4 Uhr
Fleisch
1-80.
Rohschlächterei
Paul Rieber.

Waage
1, 1 1/2, 2 und 50 Liter.
empfiehlt Carl Heyner.
Eine fast neue

Waschmaschine,
ein Sportwagen,
ein Sportliegewagen
zu verkaufen.
Gartenstraße 258D, I. r.

Zweirädriger
Handwagen
zu verk. Ruppendorf 11b.

Schöne, starke
Ferkel
sind zu verkaufen
Reinhardtgrünna 33.

Beitritts-Erklärungen
zur
Einwohnerwehr
druckt
Buchdruckerei C. Jehne.

Feld und Wiese
in der Nähe der Stadt
zu kaufen gesucht.
Angebote unter P. L. an die
Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufe
Schlacht-
pferde
P. Rieber,
Rohschlächterei

Dippoldswalde, Freiberger
Straße 237, Telefon 97.
Bin bereit, bei franken
Pferden zu wachen.
Bei Rohschlachtungen bin ich
mit Transportwagen schnell-
stens zur Stelle.
Empfehle mich als
Pferdebesitzer.

Billigere deutsche
Seifeisen
werden auf die Oktober-
abnahme d. Seifenarten
geliefert. Die Ablieferung
dieser muß aber noch
im August gegen Gut-
schein erfolgen.

Drogerie zum Elefanten
Hermann Lommatzsch

Feinstes
Büchsenleberwurst,
Kakao
u. **Tafelreis**
empfiehlt
Paul Hofmann, Markt 77.

Alderland
bisher verpachtet, auch als
Bauland geeignet, sofort zu
verkaufen. Angebote u. R. 30
a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Waldbestände
mit schlagbaren Laub- und Nadelhölzern, auch einzelne
Parzellen, **suchen zu kaufen**
F. Schmidt & Co., Rabenau.

**Vereinigte
Uhrmacher,**
H. Bez. Dippoldswalde.

Durch die anhaltenden Steigerungen der
Rohmaterialien, der Bestandteile, sowie
den erhöhten Arbeitslöhnen müssen natur-
gemäß auch in unserm Gewerbe
ganz erhebliche Preis-
erhöhungen eintreten
und in Rechnung gestellt werden.
Wir bitten unsere geehrte Kundschaft hiervon Kenntnis
nehmen zu wollen.
Vereinigte Uhrmacher, Bez. Dippoldswalde.

Großer Posten
**Fahrradmäntel
und -Schläuche**
eingetroffen,

Wringmaschinen
prima Garantieware, sowie
Herren- und Damenräder,
Radsätze, Carbidlampen usw.
empfiehlt bestens
Hermann Voigt,
Dippoldswalde, Gerberplatz.
Telephon 221.

Gib. Springharzer **Schellack** 2 Ko. für 30 M., 5 Ko.
für 70 M. ges. Nachn.
Grundriewitz Ko 8 u. 10 M., Weiß Ia. Emaille-Lack Ko. 21 u.
24 M. Laborat. „Luis“ Berlin 61/38, Sellenkiancstr. 92.

Eine in gutem Zustande
befindliche
**Hand-
dreismaschine**
zu verkaufen in
Geiersdorf Nr. 69B.

**Schlacht-
pferde**
kauft
Hermann Scharfe. Tel. 80.
Im Rosfoll sofort zur Stelle.
Nachkillingel vorhanden.

**Jugendverein „Edelweiß“
Ripsdorf und Bärenfels**
Mittwoch abend 1/29 Uhr
Kränzchen
im Kathol. Bärenfels.

**Pferderechen
Handschiepprechen
Heuwender** Maschinenfabrik Dippoldswalde
vorm. E. Thorning
Inh.: Erich Böhme.
Filiale: Markt 27.

Heute mittag verschied nach langem, schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende
Mutter
Hedwig Baldauf
geb. Mendel
im Alter von 52 Jahren.
Schmiedeberg, den 19. August 1919.
Karl Baldauf und Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag den 22. d. M.
nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Herzlicher Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, treu-
sorgenden und unvergesslichen Gattin und
Mutter, Frau
Emilie Ernestine Pieschel
geb. Lehmann
drängt es uns, allen herzlich zu danken, zunächst
denen, welche ihr während ihrer langen Krankheit
durch Hilfe und Trost beigestanden, für Tröstung aus
Gottes Wort und Gesang, für das freiwillige
Tragen, sowie allen Verwandten, Freunden,
Nachbarn und Arbeitskollegen für den reichen
Blumenschmuck und zahlreichen Geleit zur Ruhe-
stätte. Dir, liebe Enschlafene, rufen wir ein
„Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ nach.
Sabine Pieschel.
Die trauernden Hinterlassenen:
Hermann Pieschel nebst Kindern.